

NEUE ANSÄTZE FÜR HANDELSPOLITIK UND ENTWICKLUNG

SOUVERÄNITÄT UND HANDELSPOLITIK



SPE

Sozialdemokratische Fraktion
im Europäischen Parlament

Die Sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, den Anstoß für eine Reihe von Überlegungen über „Neue Ansätze für Handelspolitik und Entwicklung“ zu geben. Wir haben externe Sachverständige unterschiedlichen Hintergrunds eingeladen, Beiträge zu leisten, um ihre Ansichten denen unserer Fraktionsmitglieder gegenüberzustellen und unsere Vorschläge und Analysen mit ihren Ideen zu bereichern.

Nachdem wir uns zuletzt mit dem Verhältnis zwischen multilateralen Verhandlungen und regionalen bzw. bilateralen Verhandlungen befasst hatten, haben wir für die zweite Broschüre das Thema „Souveränität und Handelspolitik“ gewählt.

Tatsächlich führt der Umstand, dass weltweit immer mehr Handelsabkommen abgeschlossen werden, zu Einschränkungen der Souveränität oder zu ihrem Verlust. Die Abkommen gehen oft über eine einfache Liberalisierung des Handels hinaus und berühren die innerstaatliche Kontrolle in Bereichen wie Auslandsinvestitionen, Dienstleistungen einschließlich bestimmter öffentlicher Dienstleistungen, öffentliches Auftragswesen und manchmal sogar das Gesundheitswesen, wie das im Fall der Regelungen in Bezug auf das geistige Eigentum und Arzneimittel zu sehen war.

Da die Europäische Union ebenfalls an der Aushandlung zahlreicher Handelsabkommen mitwirkt (künftige Wirtschaftspartnerschaftsabkommen mit den AKP-Ländern und das demnächst zu erteilende Mandat für Verhandlungen mit Korea, Indien und den ASEAN-Ländern), möchte die Sozialdemokratische Fraktion im Europäischen Parlament den Anstoß zu umfassenden Überlegungen geben, die den Grad und das Ausmaß von Zugeständnissen betreffen, zu denen die EU im Bereich der Souveränität einerseits selbst bereit ist, und die sie andererseits ihren Partnern, insbesondere den Entwicklungsländern, abverlangen kann.

In jeglicher Hinsicht bleibt die umfassende Beteiligung des Europäischen Parlaments wie auch der Partnerländer am Entscheidungsprozess im Bereich des Handels eine primäre Forderung.

Die Sozialdemokratische Fraktion, die sich für den Abschluss der multilateralen Verhandlungen im Rahmen der WTO einsetzt, möchte die neue bilaterale Handelspolitik der EU, die Gegenstand der Mitteilung der Kommission über „Ein wettbewerbsfähiges Europa in einer globalen Welt“ ist, als Grundlage benutzen, damit die Umsetzung dieser neuen Strategie nicht die wesentlichen Elemente der Souveränität unserer Partnerländer gefährdet und bei den kommenden Verhandlungen die Entwicklung vorrangiges Ziel bleibt.

Diese Broschüre enthält Beiträge von Max van den Berg (Koordinator der Sozialdemokratischen Fraktion im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments), Yash Tandon (geschäftsführender Direktor, South Centre) und Faizel Ismail (Botschafter Südafrikas bei der WTO), die den Anstoß zu einer Debatte über das Verhältnis zwischen Souveränität und Handelspolitik geben werden. Wir laden Sie ein, unter folgender E-Mail-Adresse Stellung zu nehmen:

pse-newtradethinking@europarl.europa.eu

Unsere nächste Broschüre wird das Thema „Beschäftigung und Handel“ betreffen.

Harlem Désir

*Stellvertretender Vorsitzender
der Sozialdemokratischen Fraktion im Europäischen Parlament*

Eine gemeinsame europäische Handelspolitik: Vorteile und verbesserungswürdige Punkte

Max van den Berg

Koordinator der Sozialdemokratischen Fraktion

im Entwicklungsausschuss des Europäischen Parlaments

Die Europäische Union verfügt schon seit vielen Jahren über eine gemeinsame Handelspolitik. Im Bannkreis der Regeln des Binnenmarkts und der WTO-Vorschriften ist es jedoch für die Regierungen der Mitgliedstaaten mitunter schwierig, in handelspolitischen Fragen den Forderungen ihrer Bürger nachzukommen. Andererseits bietet die europäische Handelspolitik zahlreiche Vorteile wie etwa eine starke Verhandlungsposition bei den Welthandelsgesprächen, die diese Nachteile wieder wettmachen.

Im Vertrag von Rom von 1958 schrieb die Europäische Gemeinschaft als Ziel die Errichtung einer europäischen Zollunion fest. Neben der Abschaffung der Zölle innerhalb der EG bedeutete dies die Einführung eines gemeinsamen externen Zolltarifs für Waren, die auf dem europäischen Markt eingeführt werden. Damit wurde die gemeinsame europäische Handelspolitik ins Leben gerufen. Die Mitgliedstaaten profitieren noch immer davon, und die EU hat sich zum weltgrößten Handelsblock entwickelt.

Für dieses Ziel mussten die Mitgliedstaaten allerdings ein Stück ihrer Unabhängigkeit in der Handelspolitik aufgeben. Im Rahmen der Welthandelsorganisation verhandelt heute die Europäische Kommission auf der Grundlage des Kommissar Mandelson übertragenen Mandats im Namen aller EU-Mitgliedstaaten. Die Kommission hat Verhandlungen über zahlreiche bilaterale und regionale Freihandelsabkommen mit dem Mercosur, der Andengemeinschaft und Mittelamerika aufgenommen und wird in den kommenden Jahren solche Verhandlungen beispielsweise auch mit Korea, Indien und den ASEAN-Ländern führen. Der Abschluss dieser Abkommen gehört angesichts der zum Stillstand gekommenen multilateralen WTO-Verhandlungen im Rahmen der Doha-Runde zu den höchsten Prioritäten der europäischen Handelspolitik.

Möglicherweise sind die Menschen über die Verlagerung handelspolitischer Befugnisse von der eigenen Hauptstadt nach Brüssel nicht begeistert. Unsere Aufgabe ist es, uns diese Bedenken aufmerksam anzuhören und die Vorteile einer gemeinsamen Handelspolitik zu erläutern. Es ist nicht immer leicht zu akzeptieren, dass eine gemeinsame europäische Handelspolitik Kompromisse notwendig macht. Für die Regierungen der einzelnen Mitgliedstaaten bedeutet dies, eine Abwägung zwischen den

Interessen und Sorgen der eigenen Bürger und dem Bekenntnis zu den Regeln des Binnenmarkts und folglich zur gemeinsamen Handelspolitik vorzunehmen.

Eine gemeinsame EU-Handelspolitik eröffnet weit reichende Möglichkeiten. Als weltgrößter Markt ist die EU für alle anderen Länder ein interessanter Handelspartner. Wir können und müssen unsere starke Verhandlungsposition nutzen, um auf bilateraler wie regionaler Ebene Umwelt- und Arbeitsstandards durchzusetzen. So räumt die EU benachteiligten Entwicklungsländern, die eine Politik der nachhaltigen Entwicklung und der verantwortungsvollen Staatsführung verfolgen, im Rahmen der APS+-Initiative zusätzliche Handelspräferenzen ein, wie erst kürzlich El Salvador. Andererseits hat die Union – wie im Falle von Belarus – Vergünstigungen bei Nichteinhaltung der Regeln auch wieder entzogen. Außerdem macht die EU erfolgreich ihren Einfluss auf dem Gebiet des Handels geltend, um die Aufnahme nicht handelsbezogener Anliegen wie Arbeits- und Umweltstandards in die Handelsabkommen zu befördern. Die Sozialdemokratische Fraktion war in dieser Hinsicht sehr aktiv.

Auf diese Weise kann die EU in der Welt wirklich etwas bewirken. Die Übertragung eines Teils der nationalen Souveränität im Bereich der Handelspolitik auf die europäische Ebene ermöglicht es uns, unsere europäischen und sozialdemokratischen Wertvorstellungen zu fördern.

Wenn die Mitgliedstaaten einer Übertragung von Befugnissen von der nationalen auf die europäische Ebene zustimmen, sind eine umfassende demokratische Kontrolle und Transparenz ganz entscheidend. Im Moment jedoch ist die rechtliche Mitwirkung des Europäischen Parlaments im Wege des Mitentscheidungsverfahrens bei der Festlegung der Verhandlungsmandate der Kommission für Handelsabkommen nach wie vor nicht gewährleistet. Das ist nicht hinnehmbar. Die Verhandlungen über den Dienstleistungsverkehr müssen entmystifiziert werden, und das Europäische Parlament, die nationalen Parlamente und die Zivilgesellschaft insgesamt müssen uneingeschränkten Zugang zu den Anfragen und Angeboten erhalten, die nach ihrem Eingang unverzüglich in vollem Wortlaut zu veröffentlichen sind. Ein neuer Vertrag muss in jedem Fall eine rechtlich bindende Bestimmung für mehr demokratische Kontrolle enthalten.

Wie verhält es sich jedoch mit der Achtung der nationalen Souveränität unserer Partnerländer außerhalb der EU? Trotz positiver Auswirkungen des Handels können unausgewogene Handelsbeziehungen bei den am wenigsten entwickelten Ländern auch zu wirtschaftlicher Abhängigkeit und einem Verlust der Fähigkeit der Gesellschaft führen, über ihr Schicksal selbst zu bestimmen. Im Gegensatz zu multilateralen Handelsabkommen schwächen regionale und bilaterale Abkommen die Verhandlungsposition der Entwicklungsländer noch mehr, weil sie anders als bei multilateralen Gesprächen keine gemeinsame Position beziehen können.

Bedauerlicherweise versucht die Kommission auch heute noch, unseren Partnern unter den Entwicklungsländern bei den Verhandlungen über die neuen Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft (EPA) die so genannten Singapur-Themen aufzuzwingen.

Die Singapur-Themen umfassen den Investitionsschutz, die Wettbewerbspolitik, Transparenz im öffentlichen Auftragswesen und Handelserleichterungen. Die Entwicklungsländer haben es wiederholt abgelehnt, diese Fragen in die WTO-Verhandlungen einzubeziehen. Die EU dringt jedoch nicht nur im Falle der EPA weiter darauf, diese Punkte in die bilateralen und regionalen Handelsabkommen aufzunehmen. Anstatt ihren Partnern unvorteilhafte Abkommen aufzuzwingen, sollte die Europäische Kommission die Wünsche unserer Handelspartner anerkennen und respektieren.

Ebenso muss sie in der Frage der Liberalisierung öffentlicher und privater Dienstleistungen die souveräne Entscheidung der jeweiligen Regierung respektieren. Die Länder dürfen nicht gezwungen werden, gemeinwirtschaftliche Leistungen wie etwa Wasserversorgung und Bildung zu privatisieren oder zu liberalisieren. Es sollte ihnen gestattet sein, Zeitpunkt und Tempo selbst zu bestimmen. Nach Auffassung der PSE-Fraktion dürfen gemeinwirtschaftliche Leistungen nicht wie ein auf dem freien Markt gehandeltes Produkt behandelt werden. Bei diesen Dienstleistungen geht es nicht nur um die Wahlmöglichkeiten der Verbraucher, sondern auch um die menschlichen Grundbedürfnisse. Sie dürfen weder demontiert noch ausgehöhlt werden. Deshalb muss die EU trotz ihres starken Interesses an einer Ausweitung der Ausfuhrmöglichkeiten für Dienstleister ihrer Verpflichtung nachkommen, bei der Aushandlung von Handelsabkommen auf Liberalisierungsangebote und -anfragen in den Bereichen öffentliche Gesundheit und Bildung zu verzichten.

Entwicklungsländer, die der WTO angehören, müssen selbst darüber entscheiden dürfen, in welchem Tempo und in welcher Reihenfolge sie den Handel liberalisieren. Sie dürfen nicht gedrängt werden, mehr zu leisten als sie aufgrund ihres Entwicklungsniveaus zu bewältigen imstande sind. Um den am wenigsten entwickelten Ländern eine gleichberechtigte Partnerschaft im Welthandelssystem zu ermöglichen, bedarf es einer Sonder- und Vorzugsbehandlung ebenso wie Handelserleichterungen. In Bezug auf die Agrarverhandlungen sollte die WTO für die am wenigsten entwickelten Länder eine „Entwicklungsbox“ einrichten und ihnen damit die Möglichkeit geben, die Probleme im Zusammenhang mit der Ernährungssicherheit und der Beschäftigung im Agrarsektor zu bewältigen – Faktoren, die für die Beseitigung der Armut von großer Bedeutung sind. Die EU muss darauf drängen, dass für technische Hilfe und Kapazitätsaufbau genügend Mittel zur Verfügung stehen, damit die Entwicklungsländer in den Verhandlungen nicht den Kürzeren ziehen.



Souveränität, Handelspolitik und das multilaterale Handelssystem

Faizel Ismail

Botschafter Südafrikas bei der WTO

In den letzten Jahrzehnten hat die Globalisierung, die einen verstärkten Strom von Kapital, Waren und Dienstleistungen mit sich bringt und durch rasche Fortschritte auf dem Gebiet der technologischen Innovationen sowie sinkende Kommunikations- und Transportkosten befördert wurde, die Souveränität der Staaten ausgehöhlt und neue globale Regeln sowie einen neuen globalen Ordnungsrahmen erforderlich gemacht. Auf der Bretton-Woods-Konferenz von 1944 wurden die Weltbank und der IWF ins Leben gerufen. Geplant war zudem die Errichtung einer internationalen Handelsorganisation. Während das Allgemeine Zoll- und Handelsabkommen (GATT) 1947 in Kraft trat, dauerte es jedoch fünfzig Jahre, bis eine internationale Handelsorganisation errichtet und schließlich im Jahr 1995 die WTO gegründet wurde.

Die WTO wurde von den Aktivisten der Zivilgesellschaft in Seattle und auf den nachfolgenden WTO-Ministertreffen dafür kritisiert, dass sie bei der Anwendung ihrer Regeln mit zweierlei Maß messe und die reichen Staaten begünstige. Einige Theoretiker vertraten die Auffassung, das multilaterale Handelssystem müsse zumindest formal als globales öffentliches Gut betrachtet werden. Damit dieses System allen zum Nutzen gereicht, d. h. überhaupt zu einem globalen öffentlichen Gut wird –, muss ihrer Meinung nach eine gerechte Verteilung der Handelsvorteile zwischen den und innerhalb der Staaten gewährleistet werden. Unter den 150 WTO-Mitgliedern besteht ein breiter Konsens darüber, dass die Rechtsstaatlichkeit bzw. ein auf Regeln basierendes System unabdingbar sind, damit alle, vor allem aber die wirtschaftlich schwächeren Mitglieder, vom internationalen Handel profitieren. Die Entwicklungsländer, die heute die große Mehrheit der WTO-Mitglieder ausmachen, halten jedoch die bestehenden Regeln und Verfahren des GATT bzw. der WTO für ungerecht, unausgewogen und ihren Entwicklungsbedürfnissen abträglich. Die Ursachen hierfür sind in der Entwicklung des GATT bzw. der WTO zu suchen.

Für das GATT gilt die Meistbegünstigungsklausel, d. h. der Grundsatz der Nicht-diskriminierung, also der Gleichbehandlung aller Vertragspartner. Er basiert auf dem traditionellen westfälischen Modell von der souveränen Gleichheit aller Staaten. Die Vorstellung jedoch, dass alle Staaten wirtschaftlich gleichgestellt sind und Handelsverpflichtungen auf gleichem Niveau eingehen müssen, wurde von den dem GATT beigetretenen Entwicklungsländern mit ihrer Entkolonialisierung in Frage gestellt. So entwickelte sich der

Grundsatz der Differenzierung der Verpflichtungen – der Vorzugs- und Sonderbehandlung (SDT) –, um das unterschiedliche Niveau der Verpflichtungen der entwickelten Länder sowie der Entwicklungsländer im GATT berücksichtigen zu können.

Bildet die Vorzugs- und Sonderbehandlung den Kernpunkt des Entwicklungskonzepts der WTO?

Der Autor schreibt an anderer Stelle, dass die Vorzugs- und Sonderbehandlung nicht den Kernpunkt des Entwicklungskonzepts der WTO bildet.¹ Die Vorzugs- und Sonderbehandlung bezieht sich auf die drei Hauptanliegen der Entwicklungsländer. Erstens – den Marktzugang (vor allem im Zusammenhang mit Präferenzen und längeren Durchführungsfristen). Zweitens – das Erfordernis flexibler Vorschriften. Drittens – die Notwendigkeit, Maßnahmen der technischen Hilfe und des Kapazitätsaufbaus zu unterstützen. Diese Anliegen finden in den 150 GATT-Regeln, die seit 1947 festgelegt wurden, ihren Niederschlag.

Beim Marktzugang ging es in erster Linie um Präferenzen mit dem Ziel, einen gewissen Ausgleich für die von den USA, von Japan und der EU errichteten zunehmend höheren Barrieren für die Einfuhr von landwirtschaftlichen Erzeugnissen und Textilien zu schaffen. Die Präferenzen basierten auf dem kolonialistischen System, wonach einige Entwicklungsländer begünstigt wurden und andere nicht – eine zutiefst diskriminierende Verfahrensweise.

Zum Zeitpunkt seines Abschlusses spiegelte das GATT die Wettbewerbsfähigkeit der entwickelten Länder wider. Mit dem in der Uruguay-Runde beschlossenen Übereinkommen über handelsbezogene Investitionsmaßnahmen (TRIMS) wurden die Subventionen für das verarbeitende Gewerbe, in dem sich die entwickelten Länder durch eine hohe Wettbewerbsfähigkeit auszeichneten, abgeschafft. Die Kategorien der Unterstützung für den Agrarsektor hingegen – die so genannte Amber-Box, die Blue-Box und die Green-Box –, wie sie in das im Rahmen der Uruguay-Runde geschlossene Landwirtschaftsabkommen mit dem Ziel eingeführt wurden, Vorschriften im Zusammenhang mit handelsverzerrenden Subventionen festzulegen, enthielten genügend Schlupflöcher, die es der EU und den USA ermöglichten, noch mehr Mittel für Subventionen aufzuwenden. Bei den geistigen Eigentumsrechten wurde mit dem Übereinkommen über handelsbezogene Aspekte der Rechte an geistigem Eigentum (TRIPS) der Schutz für die hoch entwickelten Länder in den Bereichen Forschung und Entwicklung verstärkt. Die Forderung der Entwicklungsländer, die flexiblen Regelungen der Vorzugs- und Sonderbehandlung auf das TRIMS-Übereinkommen und das TRIPS-Übereinkommen anzuwenden, zielte daher weitgehend auf die Beseitigung dieser Ungerechtigkeit ab.

Für den Kapazitätsaufbau galt im GATT weitgehend der Grundsatz „nach besten Kräften“; hier ging es hauptsächlich darum, die Länder zu befähigen, an dem Abkommen teilzunehmen und es umzusetzen, weniger um angebotsorientierte Fragen.

Wichtig wäre es, darüber nachzudenken, weshalb die Entwicklungsländer die 88 Vorschläge zur Vorzugs- und Sonderbehandlung, die auf die Tagesordnung der Doha-Ministerkonferenz gesetzt wurden, so dringend beschließen wollten. In diesen Vorschlägen wurde gefordert, die Bestimmungen zur Vorzugs- und Sonderbehandlung zu präzisieren, ihnen bindenden Charakter zu verleihen und sie praktikabel zu machen.²

Diese Fragen machen jedoch nicht die zentrale Entwicklungsdimension des GATT bzw. der WTO aus. Sie spielen innerhalb des Systems nach wie vor eine Rolle und haben ihre Berechtigung. Ihr Hauptzweck besteht darin anzuerkennen, dass sich die entwickelten Länder und die Entwicklungsländer in ihren wirtschaftlichen Möglichkeiten und Handelskapazitäten nach wie vor stark voneinander unterscheiden. Was versteht man nun in der WTO unter Entwicklung? Amartya Sen zufolge lassen sich in der WTO vier grundlegende Entwicklungsdimensionen herausarbeiten.

Sen definiert Entwicklung als „Abbau von Unfreiheiten...“³ Entwicklung bedeutet für Sen die Erweiterung der Freiheiten des Menschen. Er versteht deshalb Entwicklung als einen Prozess der Beseitigung der verschiedenen Arten von Unfreiheit. In den Arbeiten von Sen werden vier Arten von Unfreiheit bzw. Unterversorgung unterschieden, die für die Debatte über die Entwicklung und das multilaterale Handelssystem von Bedeutung sind. Erstens: Sen zufolge kann Unterversorgung das Resultat mangelnder ökonomischer *Chancen* des Menschen sein. Zweitens: Unter Armut ist weniger ein geringes Einkommen als vielmehr ein Mangel an grundlegenden *Verwirklichungschancen* zu verstehen. Drittens: Sen befürwortet *staatliche Regulierungen*, die ein effektiveres Funktionieren der Märkte ermöglichen, stellt aber auch fest, dass ein System von ethischen Prinzipien, *das auf sozialer Gerechtigkeit* basiert, erforderlich ist, um eine Vorstellung von der erfolgreichen Nutzung des Marktmechanismus und das erforderliche Vertrauen zu entwickeln. Viertens: Menschen der *Möglichkeit der Teilnahme an wichtigen Entscheidungen* zu berauben, die öffentliche Angelegenheiten betreffen, heißt Sen zufolge, ihnen das Recht auf Entwicklung zu nehmen.

² Siehe Ismail, F., „How can Least-Developed Countries and Other Small, Weak and Vulnerable Economies Also Gain from the Doha Development Agenda on the Road to Hong Kong?“, *Journal of World Trade* 40 (1) S. 37-68, 2006.

³ Siehe Amartya Sen, „Development as Freedom“, Anchor Books, New York, 1999, S. 3.



Handelspolitik und nationale Souveränität im Kontext der neuen geopolitischen Dynamik

Yash Tandon

Geschäftsführender Direktor, South Centre (www.southcentre.com)

Die Initiative der PSE-Fraktion, eine Plattform für neues Denken in puncto Handelspolitik zu bieten, ist sehr zu begrüßen. Damit wird die Debatte aus ihrem derzeitigen *merkantilistischen* Zusammenhang herausgelöst und in einen *entwicklungsbezogenen* Kontext gestellt. Das allein ist schon ein Fortschritt und ermutigt überdies zu innovativem Denken sowie dazu, sich von der gegenwärtigen ideologischen Fixierung auf den „freien Handel“ zu lösen, die die veränderten Gegebenheiten vor Ort ebenso wenig berücksichtigt wie die negativen Auswirkungen einer unbedingten Liberalisierung des Handels.

Die neue geopolitische Dynamik

Allein in den letzten fünf Jahren hat sich in der Welt ein dramatischer Wandel vollzogen. Die nachstehende Auflistung der wichtigsten Faktoren für diesen Wandel dürfte die sich abzeichnende Odyssee hinreichend verdeutlichen:

- Brasilien, China, Indien, Russland und Südafrika entwickeln sich im Bereich der Wirtschaft zu Global Playern bzw. nehmen in der jeweiligen Region eine beherrschende Stellung ein.
- Die Weltbank als „Entwicklungsschiene“ und der IWF als „Soforthilfeschiene“ des globalen Systems befinden sich in einer Krise.
- Durch das Scheitern des so genannten Konsenses von Washington wurde die neoliberale Entwicklungstheorie ihres Sinnes entleert und ein ernsthaftes Legitimitätsdefizit der Bretton-Woods-Institutionen zutage gefördert.
- Der Vormarsch der wissensbasierten Wirtschaft und die Herausbildung von Synergien in den Bereichen Wissenschaft, Technologie und Internet im Süden – beispielsweise im Gesundheits- und Kommunikationssektor – stellen eine Herausforderung für die Regelungen zum gewerblichen Rechtsschutz dar, denen vor allem große Konzerne in der nördlichen Hemisphäre ihren Stempel aufdrücken.
- Das globale System von Handelspräferenzen (GSTP) für den Süd-Süd-Handel bietet ungeahnte Zukunftsperspektiven.
- Wir verzeichnen eine neue politische Dynamik in Lateinamerika, neue Initiativen zur regionalen Integration und einen neuen Umgang mit den Ressourcen wie Erdöl und Erdgas, die weniger für den Export, dafür aber stärker für die Entwicklung der Menschen eingesetzt werden.
- Es gibt neue mutige Ansätze zur Bewältigung des Schuldenproblems, so z. B. in Argentinien, Brasilien, Nigeria und auf den Philippinen.

Der Einfluss dieser Faktoren ist nicht richtig verstanden, geschweige denn analysiert worden. Die Entwicklung schreitet hier rasch voran. Eines jedoch steht fest: Wir dürfen, was den Handel anbelangt, nicht mehr in den alten Kategorien denken und dem Handel auch nicht mehr die Bedeutung beimessen, die er seit Gründung der WTO im Jahr 1994 besaß.

*Dem Handel wird aller Wahrscheinlichkeit nach die Rolle eines **untergeordneten** Erfüllungsgehilfen bei der Lösung viel wichtigerer Fragen zufallen, als da sind: die Hoheitsgewalt über die natürlichen Ressourcen, die Kontrolle über die Investitionsströme und der radikale Wandel auf dem Gebiet des gewerblichen Rechtsschutzes.*

Welche Rolle kann die PSE in diesem sich verändernden Umfeld spielen

Obwohl die PSE im Europäischen Parlament nicht so stark vertreten ist, könnte sie gegenüber den stärker konservativ ausgerichteten Fraktionen im Parlament *perspektivisch im Vorteil* sein. Das Europäische Parlament selbst besitzt keinen großen Einfluss auf die Handelsgespräche, sei es bei der WTO oder bei den Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft (EPA) mit den armen AKP-Ländern. Diese verstauben im eingezäunten Kral der Europäischen Kommission, dem Handelskommissar Peter Mandelson gelegentlich einen Besuch abstattet, ohne allerdings viel zu bewirken.

Wenn es der PSE jedoch gelingt, in der politischen Debatte die Schlüsselposition einzunehmen, kann sie viel bewirken, indem sie beispielsweise:

1. die Debatte über den Handel in den größeren Kontext der dramatischen Entwicklung in wichtigen Teilen der Welt stellt; bedauerlicherweise hatte dies in den ärmeren Ländern der südlichen Hemisphäre, speziell in Afrika, noch keine spürbaren Auswirkungen;
2. die europäische Zivilgesellschaft und die NRO einbezieht, von denen viele eine fortschrittlichere und realistischere Sicht auf die sich verändernde Dynamik des globalen Handels, der Umweltproblematik und der wissensbasierten Wirtschaft haben als die nationalen und paneuropäischen Bürokratien;
3. gleichermaßen fortschrittliche Teile der Zivilgesellschaft, NRO und zwischenstaatliche Organisationen im Süden, wie z. B. das South Centre, einbezieht;
4. eine klare Botschaft an die meinungsbildenden Medien in Europa aussendet und ihnen die Risiken einer kurzfristigen merkantilistischen Denkweise vor Augen führt sowie mögliche Alternativen aufzeigt;
5. im Parlament und in der Öffentlichkeit wie auch in den Medien nachdrücklich darauf aufmerksam macht, dass sich eine Entwicklung im Süden (vor allem in Afrika) kritisch für den Frieden und die Sicherheit nicht nur für den Süden sondern auch für den Norden ist. Illegale Zuwanderung, Kriminalität (z. B. Drogenhandel) sind Nebenprodukte einer fehlenden Entwicklung;
6. auf Verlauf und Ergebnis der so genannten Kohärenzdebatte, in der sich die europäischen Bürokratien derzeit befinden, Einfluss nimmt und ihr den Charakter einer kritischen Debatte verleiht.

Die PSE-Themen im Bereich der Handelspolitik

In Anbetracht des asymmetrischen Kräfteverhältnisses und der Tatsache, dass in Institutionen wie der WTO und der EU im Zusammenhang mit den Verhandlungen über die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft auf unfaire Art und Weise Regeln festgelegt und durchgesetzt werden, sollten progressive Institutionen wie die PSE es sich unter anderem zur Aufgabe machen:

1. mit Nachdruck auf die überaus zahlreichen Asymmetrien und Ungleichgewichte im System der WTO hinzuweisen;
2. die Umsetzung der Bestimmungen zur Vorzugs- und Sonderbehandlung im gesamten internationalen Handelssystem einschließlich der WTO, der Verhandlungen über die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft sowie der bilateralen Handels- und Investitionsabkommen einzufordern;
3. sicherzustellen, dass die Entwicklungsziele der Doha-Runde oberste Priorität genießen und nicht der selektiven Liberalisierungsagenda der Global Player zum Opfer fallen;
4. sich für die Ermittlung der tatsächlichen und effektiven Kosten der Anpassung einzusetzen, die die armen Länder aufgrund der Liberalisierung des Handels und des Finanzsektors zu tragen haben;
5. sich für einen Ausgleich einzusetzen, wenn eine solche erzwungene Liberalisierung zu Einnahme- oder Arbeitsplatzverlusten in den armen Staaten führt;
6. keine falschen Anreize, wie z. B. Programme für handelsbezogene Unterstützung, zu setzen, mit denen die armen Länder dazu gebracht werden sollen, Handelsvereinbarungen zu akzeptieren, die über ihre Köpfe hinweg und ohne ihre ordnungsgemäße Mitwirkung ausgehandelt wurden; um dem Handel wesentlich zu helfen, müssen Themen auf der Seite der Lieferbeschränkungen im Süden angesprochen werden.
7. die Verhandlungen über die Abkommen über wirtschaftliche Partnerschaft zwischen der EU und den AKP-Ländern nicht weiter zu forcieren, bis die Verhandlungen einer eingehenden Prüfung unterzogen und solide Rahmenbedingungen festgelegt wurden, die mit den Entwicklungszielen des Cotonou-Abkommens im Einklang stehen.

Schlussfolgerung

Dies ist eine neue Welt. Die einseitig ausgerichtete Welt der US-amerikanischen Hegemonie geht ihrem Ende entgegen. Die älteren Länder des Nordens werden wohl zu protektionistischen Maßnahmen greifen müssen, weil sie sich auf dem Gebiet des Warenhandels nicht im Wettbewerb gegen die aufstrebenden Handels Giganten in Asien und Lateinamerika behaupten können.

Der Norden wird sich auf Investitionen, Dienstleistungen und den Schutz des Monopols an geistigem Eigentum verlegen, um den Wettbewerb zu umgehen.

Am meisten benachteiligt sind in diesem künftigen Szenario höchstwahrscheinlich die schwachen und hilfsbedürftigen Länder in Afrika, die AKP-Staaten sowie die Binnen- und die Inselstaaten. Der Kollateralschaden, den sie durch die ungezügelte Liberalisierung des Handels davontragen, wird sich für die reicheren Staaten als Bumerang erweisen, wie hoch der von ihnen errichtete Zaun auch immer sein mag.

Nur ein aufgeklärtes und progressives Europa kann zusammen mit den fortschrittlichen Kräften im Süden eine drohende explosive Entwicklungskrise abwenden und die positiven Kräfte für die benachteiligte Mehrheit nutzbar machen, die am Rande der globalisierten Gesellschaft zu überleben versucht.

www.socialistgroup.eu
www.socialistgroup.mobi

pse-newtradethinking@europarl.europa.eu